Nr. 46. Breslau, den 9. Juni 1906. 4. Jahrgang.

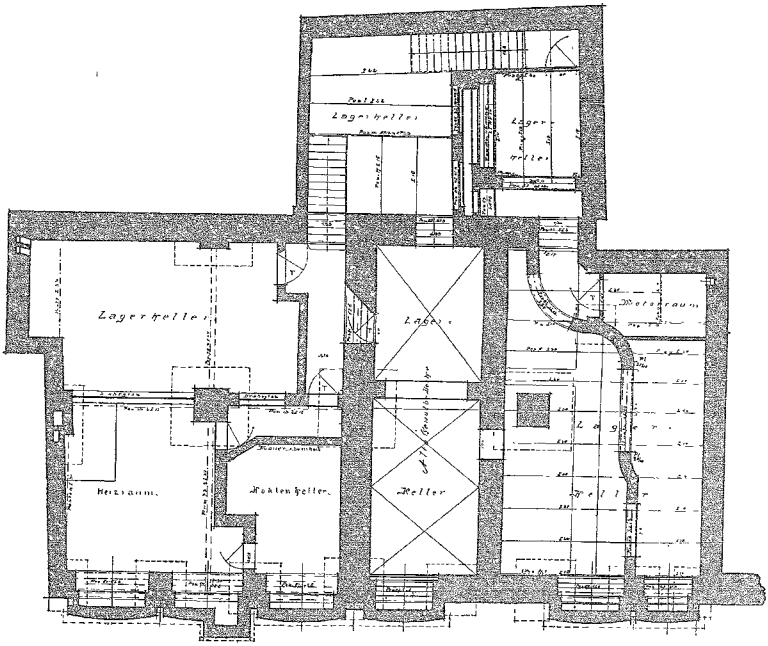
Ostdeutsche Bau-Zeitung

Verlag Paul Steinke
Breslau I, Taschenstr. 9. — Tel. 1660.

Erscheint jeden Mittwoch u. Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich 2,18 Mark.

Redaktion Architekt Karl Heinicke
Breslau I, Taschenstr. 9. — Tel. 1660.

Inhalt: Geschäftshaus Mamlok-Breslau. — Die Konstituierung eines Arbeitgeber-Bundes des Baugewerbes für die Provinz Posen. — Lehrlingsausbildung und Gesellennot. — Kleine Nachrichten. — Ausgeschriebene behördliche Stellen.



Kaufhaus Mamlok-Breslau. Grundriss vom Keller.

Geschäftshaus Mamlok-Breslau.

(Hierzu unsere Bilder und eine Kunstbeilage.)

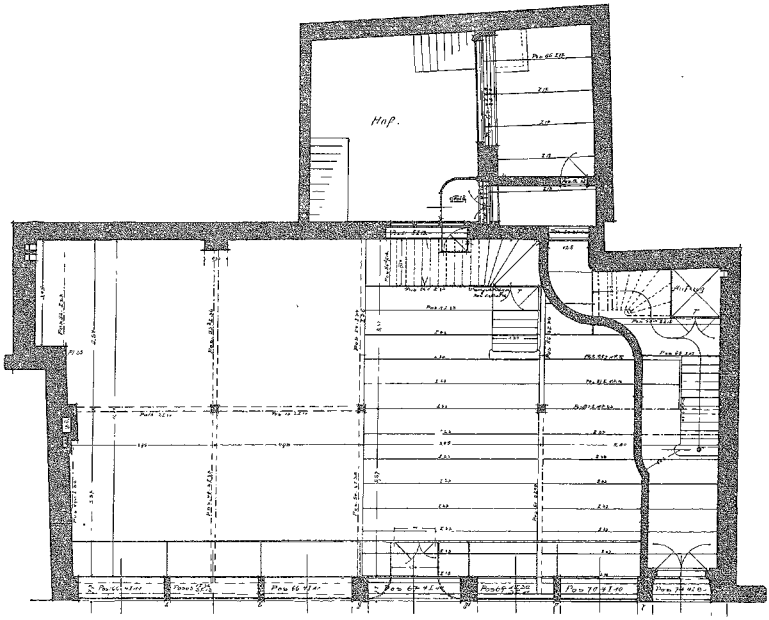
Der moderne Geschäftshausbau hat in seiner Entwicklung jene Pfeilerformen gezeitigt, wie sie von Messel-Berlin vor Jahren grundlegend durchgebildet worden sind. Die Erfordernisse, in der Frontwand möglichst viele und grossflächige Fenster zu erhalten, hat zu dieser, man kann sagen Konstruktionsform der Fassaden geführt. Möglichst wenig Pfeiler, möglichst schmale Pfeiler, dahinter möglichst weitgespannte Räume sind Gegensätze bezüglich der kunstgerechten Konstruktionsdurchführung, die von Fall zu Fall neue Schwierigkeiten zur Überwindung stellen.

Man möchte sagen, dass in dem modernen Warenhause der ästhetische Formgedanke der Gotik neu entstanden ist. In unserem heutigen Bauwesen ist bei keinem Objekte eine solche nackte Konstruktionsform, wie sie in der gotischen Grundidee fusst, geboten, wie gerade in dem modernen Warenhause. Deswegen können wir auch bei allen derartigen Ausführungen eine mehr oder weniger ausgeprägte Anlehnung an diese Stilrichtung finden. Und dass dies der Fall ist, kann nur als ein Zeichen verständnisvollen Erfassens des Zweckmässigkeits-Ausdruckes angesehen werden. Und das ist jedenfalls eine Anerkennung im weitesten Sinne.

Auch das vorliegende Projekt ist aus solchen Erfordernissen und Grundgedanken, im Innern, wie im Äusseren entstanden.

In einer verhältnismässig schmalen, verkehrsreichen Strasse Breslaus, der Kupferschmiedestrasse, sollte ein bestehendes Kaufhaus abgebrochen, und durch einen zeitgemässen Neubau ersetzt werden. Die von dem hiesigen Baugeschäft Simon & Halfpaap gefertigten Entwürfe veranschaulichen die Lösung dieser Aufgabe und die in der Kunstbeilage wiedergegebene Strassenfront die Wirkung nach der Ausführung.

Eingehend auf die Grundrisse ist im Kellergeschoss die gesamte Kelleranlage für Lager- und Betriebszwecke untergebracht.



Kaufhaus Mamlok-Breslau. Grundriss vom Parterre.

Starke Mauern nehmen hier die von den aufgehenden Pfeilern übertragene Last auf und führen sie auf die Fundamente.

Im Erdgeschoss ist ein grosser Verkaufsraum geschaffen, der durch die notwendigen Säulen und Unterzüge in regelmässige Felder eingeteilt ist. Im Verkaufsraum selbst befindet sich kein Aufzug, derselbe ist vielmehr in dem Haupteingange des Hauses daneben vorgesehen. Ein von diesem Eingange sowohl, wie auch von dem Verkaufsladen aus zugänglich gehaltener Hof dient zur Vornahme der notwendigen Packarbeiten. (Fortsetzung folgt.)

Die Konstituierung eines Arbeitgeber-Bundes des Baugewerbes für die Provinz Posen.

Die Arbeitgeberverbände der Provinz Posen können den 6. Juni 1906 als einen Markstein in der Geschichte ihres Werdens und Bestehens betrachten, denn an diesem Tage haben sie sich einmütig und einstimmig für den Zusammenschluss eines über die ganze Provinz ausgedehnten Arbeitgeberverbandes, eines Provinzial-Bundes erklärt. Das, was also in unserer Zeitung so dringend empfohlen wurde, ist nun in der Provinz Posen an erster Stelle zur Tat gereift. Die Lehren der jüngsten Aussperrung in Posen und die an anderen Orten der Provinz gegenwärtig im Zuge befindlichen oder drohenden und kaum verwundenen Streiks haben in den Arbeitgebern doch endlich die Einsicht gefestigt, dass der einzelne Verband fast ebenso wie der einzelne Arbeitgeber verbluten muss an dem Ansturme der zentralen Arbeitnehmer-Organisationen. Soll ein Kampf gegen diese Organisationen aufgenommen werden können, so müssen diesen die gleichen zentralen Arbeitgeberverbände gegenübergestellt werden. »Wir müssen uns zusammenschliessen dem Gebote der Notwendigkeit folgend«, das war wohl die Grunddevise aller, die zu dieser Konstituierung erschienen waren und die Einmütigkeit und Einstimmigkeit in den Verhandlungen und Beschlüssen beweisen dieses am besten.

Es sei hier kurz der Verhandlungen Erwähnung gethan.

Die von dem Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes für das Maurer- und Zimmergewerbe zu Posen G. Kartmann-Posen einberufene Versammlung, der eine Besprechung mit den Vorständen der einzelnen Arbeitgeberverbänden voranging, war ausserordentlich stark besucht. Bewährte alte Kämpfer und selbstlose Betätiger in dieser Sache konnte man darunter finden, so z. B. in Vertretung der Bundesleitung-Berlin Obermeister Lauffer-Königsberg, Regierungsbaumeister Wolfram-Breslau, den Vorsitzenden der vereinigten Arbeitgeberverbände zu Bromberg Dr. M. Kandt u. a. m. Offiziell vertreten waren die Verbände: Posen, Lissa i. P., Bromberg, Meseritz, Krotoschin, Schneidemühl und Ostrowo. Nachdem der Einberufer, Maurer- und Zimmermeister Kartmann-Posen die Erschienenen warm begrüsst und seiner Freude über den zahlreichen Besuch Ausdruck verliehen hatte, ergriff als Referent Verbandsdirektor Schmiedehaus-Essen das Wort um in überzeugendster Weise die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der einzelnen Arbeitgeberverbände zu grösseren Organisationen, zu Provinzialverbänden zu begründen. Es sei ohne weiteres zu ersehen, wie sehr sich in sozialpolitischer Hinsicht die Verhältnisse zugunsten der Arbeiter verschoben hätten. Die Arbeitgeber hätten von Anfang an die Arbeiterbewegung unterschätzt und erst trübe Erfahrungen am eigenen Leibe hätten ihnen die Augen für eine Gegenorganisation geöffnet, leider nur um zu sehen, dass sie auch hier noch verbluten mussten, da der einzelne Verband gegenüber der straffen Organisation der Arbeiterverbände nicht viel zu bedeuten hätte. Erst dann, wenn es meist zu spät sei, kommt den Verbänden die Einsicht zur wirksamen Abwehr unberechtigter Forderungen sich zu grösseren Zentral-Verbänden zusammenzuschliessen. Es sei vieles nachzuholen und darum sein eindringlicher Ruf in letzter Stunde. Redner führte dann den Streik der christl. Organisationen in Bekum an zum Beweise, dass die Organisationen der Arbeitnehmer ohne Unterschied der Benennung ihre Grundtendenz doch nur im Kampfe gegen die Arbeitgeber erblickten. Sämtliche Ausführungen wurden im Vor- wie auch im Nachstehenden mit Originalschriftstücken belegt. Sodann

betonte Redner die Opferwilligkeit der Arbeitnehmer gegenüber jener der Arbeitgeber. So hätten die Arbeitnehmer-Organisationen im Jahre 1905 durch die Beiträge der Mitglieder eine Einnahme erzielt von **20 190 000 M.** und davon 16 Millionen verausgabt, **13 Millionen allein für die Streiks.** Die Arbeitgeber hätten für die gleichen Zwecke kaum etwas über 300 000 M. verausgabt. Jeder Arbeitnehmer zahlt durchschnittlich 35—52 M. pro Jahr, dabei ergebe sich noch eine Zunahme von 20% der Sozialdemokraten. Es seien im Deutschen Reiche 2 Millionen Arbeiter organisiert, etwa 1½ Millionen hiervon seien Sozialdemokraten. Die nichtorganisierten zerstreuten 5 Millionen Arbeiter kommen hiergegen kaum in Frage, da hierunter auch die Landarbeiter verstanden sind. In grösseren Städten sei daher der Prozentsatz zwischen organisierten und nichtorganisierten Arbeitern ein erheblich geringerer; in Essen z. B. sind von allen Arbeitern 95% organisiert und in Westfalen bestehen allein 22 Ortskartelle der christlichen Arbeiterorganisationen mit jenen der Sozialdemokraten.

Und dies alles gegen die Arbeitgeber, die an Bebel'schen Bettelgroschen täglich an die verschiedenenen Arbeiter-Versicherungen nahezu 1 Million Mark bezahlen. Man sehe auf England und Amerika. Auf die Wohlfahrtseinrichtungen dort und bei uns und Auf das nationale Empfinden dort und bei uns. Wie werden die Wohlfahrtseinrichtungen verachtet und angegriffen!» Wir wollen Herren der Werkstatt sein«, seien ausgesprochene Worte eines rheinischen christlichen Verbandes.

Aber auch zur Wahrung berechtigter Wünsche und Rechten der Arbeiter sei ein solch enger Zusammenschluss notwendig und nicht zuletzt zur Festigung des Solidaritätsgefühls aller Arbeitgeber. Arbeitgeberverbände und Innungen stehen sich im Baugewerbe oftmals feindlich gegenüber, was für beide schädlich ist. Jeder Arbeitgeber sei Kollege des anderen Arbeitgebers und müsse in diesem Sinne ihm zu gemeinsamem Wirken und Schaffen in diesen Bestrebungen die Hand reichen. Die Innungen seien ja gesetzlich gar nicht in der Lage ausgiebig die Interessen der Arbeitgeber zu vertreten und daher sollen beide friedlich Hand in Hand nebeneinander marschieren. Getrennte Route in den einzelnen Gruppen, vereint zur Schlacht! Seien die Arbeitgeber nach den Worten Miquels an die Bodenreformer eine Macht, dann können sie kommen und auch vom Staate in ihren materiellen und ideellen Standesinteressen Berücksichtigung und Entgegenkommen fordern. Von der Tagespresse können die Arbeitgeber nichts erwarten aus taktischen Gründen und von den Behörden vorerst auch nicht. Redner illustrierte dies an einigen überaus drastischen Beispielen und schloss dann, indem er als weitere Aufgabe der Arbeitgeberverbände im Besonderen den Ausbau der Arbeitsnachweise dringend empfahl mit einem nachdrücklichen Appell an die Anwesenden zur unermüdlichen Weiterarbeit im organisatorischen Sinne und engsten Zusammenschluss der einzelnen zu Verbänden, der Verbände zu Provinzial-Bundeszentralen und diese wieder zu einer grossen Zentrale. Nur so könne dem Arbeitgeber Schutz gewährt und ein wirksames Bollwerk den sozialdemokratischen Anstürmen und Ansprüchen entgegengesetzt werden. Anhaltender Beifall lohnte diese trefflichen Ausführungen.

Im Laufe der Debatte, in welcher nur einige untergeordnete Anfragen gestellt wurden, ergriff auch Obermeister Lauffer-Königsberg das Wort zu einer mit stürmischem Beifall aufgenommenen zündenden Ansprache. Er betonte ebenfalls den dringend notwendigen Zusammenschluss der Arbeitgeber unter Betonung des kollegialen Grundgedankens und die unermüdliche Arbeit im Kleinen und einzelnen. Wer diese selbstlosen mit Hingabe der ganzen Persönlichkeit gesprochenen Worte zu hören Gelegenheit hatte, dem werden sie wohl unvergessen bleiben. Wenn das Alter sich mit solcher jugendlichen Begeisterung einer Sache opfert, kann die reale Basis keine Utopie sein.

Die hierauf von Hoffmann (Tiefbau) Posen vorgeschlagene Resolution auf Gründung eines Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe der Provinz Posen wurde denn auch einstimmig angenommen und mit der ebenfalls einstimmigen Wahl des Vorstandes und der grundlegenden Satzungen zu Protokoll gegeben.

Der Vorstand setzt sich folgendermassen zusammen:

Kartmann-Posen, Vorsitz
Wiese-Bromberg, Beisitzer
Donath-Meseritz, Beisitzer
Werner-Krotoschin, „
Müller-Lissa, „
Wilkowski-Schneidemühl, „
Daun-Ostrowo, „
Hoffmann-Posen, Schriftführer.

Die einhellige Begeisterung mit der die Konstituierung dieses Provinzialverbandes vorgenommen wurde, spricht für die Erkenntnis der zwingenden Notwendigkeit jedes einzelnen Teilnehmers. Und in der Tat, es ist wohl in der zwölften Stunde, wenn endlich die Arbeitgeberverbände sich aufraffen zur Wahrung ihrer Existenzbedingungen. Und wenn diese Erkenntnis auch spät kommt, es ist gut, dass sie noch kommt ehe es zu spät ist.

Möge nun die bei der Konstituierung bewiesene Begeisterung des Einzelnen anhalten, um produktiv in dem von den Rednern angeführten Sinne unermüdlich tätig sein und den Vorstand in seiner schwierigen und arbeitsreichen Tätigkeit unterstützen zu können. Gewiss, die Vorstandsmitglieder haben eine grosse Verantwortung und Pflicht übernommen, aber sie wird ihnen erleichtert werden, wenn die Erkenntnis des notwendigen Zusammenschlusses auch in ruhigen Zeiten anhält. Der Kampf wird unausbleiblich kommen und daher heisst es jetzt rüsten. Ein bewaffneter Friede kostet Opfer, immerhin aber weniger, wie ein Sieg im Kriege. Mögen daher die Glieder des neuen Bundes treu zusammenstehen alle Zeit, dann werden auch ihnen Erfolge sicher sein. Dem Vorsitzenden des Vorstandes G. Kartmann gebührt aber für seine aufreibenden, Zeit und persönliche Opfer fordernden Bemühungen um das Zustandekommen dieses Zusammenschlusses der Dank jedes Einzelnen. Möge unter seiner Führung der junge Bund grünen und wachsen fest nach aussen, fest auch nach innen als ein Vorbild anderen Provinzen und ein würdiges gut geschmiedetes Glied in der Kette sich erweisen, die sich um die Wahrung der Rechte der Arbeitgeber und ihre Interessen- und Existenz-Verbände allerorten spannt. H.

Lehrlingsausbildung und Gesellennot.

Von Klempnermeister u. Stadtverordneten Wilh. Weiss, Karlsruhe.

(Fortsetzung.)

Nun die Gesellenprüfung.

Dieselbe ist ja bereits eingeführt, aber da sie nicht obligatorisch ist, steht es den einzelnen frei, sie abzulegen oder nicht. Es ist ja anzunehmen, dass immer mehr Lehrlinge dieselbe ablegen werden, aber sicher ist, dass immer gerade die, die das Ergebnis derselben am meisten zu scheuen haben, fernbleiben werden. Diese treten nun ohne Prüfung ins Leben hinaus, um einen Arbeitgeber nach dem andern eine Zeitlang zu betrügen und schliesslich, wenn sie sich später nicht noch emporarbeiten, der öffentlichen Unterstützung anheimfallen, jedenfalls aber immer das Heer der Arbeitslosen wesentlich verstärken; denn das wird wohl selten vorkommen, dass ein tüchtiger und anständiger Mensch längere Zeit auf die Strasse kommt.

Was nun die Prüfung selbst betrifft, so leidet sie noch an vielen Mängeln; vor allem ist die Durchfallsgrenze viel zu tief gesteckt. In vielen Fällen fallen die praktischen Prüfungen dürftig genug und in den meisten Fällen die theoretischen sehr schlecht aus. Wenn nun die Noten im Durchschnitt nicht unter die untere Grenze fallen, so muss der Bewerber zum Gesellen gesprochen werden. Verfasser dieses ist seit Bestehen der Prüfungen Mitglied einer Prüfungskommission und hat schon oft gedacht: Arme Meister!, die denen in die Hände fallen, und namentlich wehe dem Meisterstande des Orts, wo diese sich einmal selbständig machen. Wenn es im Gesellenstande vielleicht noch zur Not mit geringer theoretischer Ausbildung geht, da man in den Betrieben ja auch für rein mechanisch Arbeitende Platz hat, so müsste doch in den Meisterprüfungen darauf das Hauptgewicht gelegt werden, da genügende Erfahrung nach der praktischen Seite eher als selbstverständlich vorausgesetzt werden muss.

Da die Lehrlinge ihre Prüfungsarbeiten in der Werkstätte des Meisters machen können, so ist die Prüfungskommission auf die Ehrlichkeit des Meisters angewiesen; das sollte nicht sein.

Die Prüfungkommission sieht zwar nach, z. B. wird der Prüfling in unserer Kommission von einem Meister- und einem Gesellenbeisitzer je zweimal besucht, aber selten trifft man die Lehrlinge bei der Arbeit. Aber auch wenn alles ehrlich hergeht, weiss die Prüfungskommission immer noch nicht, wie viel Zeit auf die Arbeit verwendet und wie oft sie verpfuscht worden ist. Wenn die Zeit nun auch nicht die Hauptsache ist, wesentlich für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Bewerbers ist dieser Umstand doch. Dem Verfasser ist ein Fall bekannt, wo ein Arbeiter mit einer wundervollen Arbeit kam, auf welche er sogar das Einjährige erworben hat; er wurde angestellt und ein einer solchen Leistung würdiger Lohn beim ersten Zahltag vereinbart. Am Anfang ging es schlecht, man schob es auf die neuen, ungewohnten Verhältnisse, und bis der Meister wusste, was der Mann kann, war er ganz beträchtlich geschädigt. Dergleichen Vorfälle wiederholen sich täglich. Das Prüfungsstück sowohl, als auch die darauf verwendete Zeit muss also im Gesellenzeugnis namhaft gemacht, oder doch die Leistungsfähigkeit des Gesellen darnach zensiert werden.

Um aber die Zeit sicher zu bekommen, darf auch der Lehrling die Prüfungsarbeit nicht in der Werkstätte machen, sondern möglichst unter unparteiischer Aufsicht. Am besten wohl am Sitz des Prüfungsausschusses, in der Werkstätte der Gewerbeschule, wenn eine solche vorhanden und es auch sonst möglich ist. Auch ist erforderlich, dass der Prüfling nicht nur zeitweilig und mit Unterbrechung, sondern ununterbrochen an seinem Prüfungsstück arbeitet, bis dasselbe fertig ist.

So ist der ganze Werdegang des angehenden Handwerkers mit Ernst und Sorgfalt zu behandeln und die Ausbildung der Lehrlinge als ein Amt anzusehen, dem grosse wolkswirtschaftliche Bedeutung zukommt.

Die vorangegangenen Ausführungen lassen sich dahin zusammenfassen:

1. Es darf keiner als Lehrling aufgenommen werden, der offenbar nicht dazu befähigt ist.
2. Die praktische und theoretische Ausbildung muss gewissenhaft durchgeführt und von den berufenen Behörden überwacht werden.
3. Es sind für alle Lehrjahre Prüfungen einzurichten.
   Dieselben sollen
   a) im allgemeinen fördernd wirken,
   b) immer wieder an das Ziel erinnern,
   c) dartun, ob nicht ein Irrtum in der Berufswahl vorlag.
4. Die Mindestleistungen zur Erlangung des Gesellentitels müssen gegen heute erhöht werden.
5. Die Gesellenprüfung muss ungeeignete Elemente, d. h. solche, die nicht mindestens praktisch tüchtig sind, ausscheiden.
6. Das Recht der Lehrlingsausbildung darf nur an solche verliehen werden, die nach jeder Hinsicht Gewähr für richtige Erfüllung ihrer Aufgabe bieten.
7. Die heutigen Bedingungen zur Erlangung dieses Rechts müssen in verschiedener Hinsicht verschärft werden.
8. Es muss für die Ausbildung jedes Lehrlings eine angemessene Vergütung gewährleistet werden.

Treten die Gesellen unter solchen Gesichtspunkten ausgebildet ins Leben, so können sie auch gut bezahlt werden. Gute Bezahlung wird auch den Zuzug von begabten Jungen, die sich jetzt andern Berufsarten zuwenden, zur Folge haben und allmählich den ganzen Stand, der bisher vielfach die Versorgungsanstalt für die Unbegabten war, in vieler Hinsicht hochbringen.

Ist jeder tüchtig ausgebildet und seinem Alter entsprechend seiner Aufgabe gewachsen, so wird auch die eingangs erwähnte Gesellennot und Ausbeutung der Betriebe durch Unfähige samt allen misslichen Begleiterscheinungen seltener werden. Auch noch ein anderer Konflikt wäre leichter lösbar. Wir kennen die Bestrebungen der Arbeiter auf Gleichstellung mit den Beamten bezüglich der Arbeitszeit. Es würde zu weit führen, hier zu untersuchen, inwiefern dieselben berechtigt sind. Richtig ist, dass keiner Beamter werden kann, ohne dass er sichs Zeit, Geld und Mühe hat kosten lassen, und wenn er das alles aufgewendet hat, erst noch und meist mehr als einmal den Befähigungsnachweis zu erbringen hat.

Nur der Handwerker glaubt ohne das alles auf Kosten des Lehrmeisters und der Arbeitgeber sich eine Existenz schaffen zu können und dann will er dem Beamtenstande dennoch gleichgestellt sein.

Hoffen wir, dass die Einsicht von der Notwendigkeit einer viel gründlicheren Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses immer weiter dringt und streben wir darnach, einen Gehilfenstand zu erziehen, der auf Grund tüchtiger Leistungen sowohl nach dem Einkommen als nach dem Bildungsstande nicht hinter den Beamten zurückstehen muss, so wird auch das Handwerk zu Gehilfen kommen, die, ob sie Gehilfen bleiben oder Meister werden, dem Handwerk zur Ehre und zum Vorteil gereichen.

Kleine Nachrichten.

Acetylen. Interessenten machen wir auf die am 15. Mai 1906 vom Königlichen Herrn Regierungspräsidenten in Breslau für den Regierungsbezirk Breslau erlassene

Polizeiverordnung betr. die Herstellung, Aufbewahrung und Verwendung von Acetylen sowie die Lagerung von Carbid,
Ausführungsanweisung zu obiger Polizeiverordnung vom 15. Mai 1906,
Gebührenordnung zu obiger Polizeiverordnung.
Ernennung von Sachverständige

aufmerksam. Die Verordnung tritt mit dem 1. Juli 1906 in Kraft. (Zu beziehen durch die Expedition der »Ostdeutschen Bau-Zeitung« zum Preise von 1,50 M.)

* **Die Reorganisation der preussischen Baugewerkschulen** wird, wie wir hören, in der am 18. Juni d. J. stattfindenden ersten Sitzung der neu geschaffenen baugewerblichen Fachabteilung des ständigen Beirats für das gewerbliche Unterrichtswesen in Preussen besprochen werden. -a-.

Streikbewegungen.

Breslau. Die hiesigen Stukkateure haben nach einem achtwöchentlichem Ausstand die Arbeit wieder aufgenommen. — Die letzten Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern des Töpfergewerbes und der Lohnkommission sind resultatlos verlaufen. Die nächsten Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts sollen am 11. Juni stattfinden — Wegen des hiesigen Töpferstreiks steht in den Kachelfabriken von Meissen, Pirna, Königsbrück und Grossenhain eine Töpferaussperrung bevor. — **Bunzlau.** In der Lohnbewegung der hiesigen Maurer ist seitens des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe für Bunzlau und Umgegend ein Lohn- und Arbeitsvertrag aufgestellt und dem hiesigen Zweigverein des Zentralverbandes der Maurer zugestellt worden. — **Hirschberg.** Nach neunwöchentlicher Dauer ist der Ausstand im Baugewerbe jetzt beendet worden. Die Abeitnehmer haben die Bedingungen der Bauherren, den bisherigen Lohnsatz von 36 auf 38 Pf. für dieses Jahr und vom 28. April nächsten Jahres ab auf 40 Pf. pro Stunde zu erhöhen, angenommen. — **Danzig.** Die Klempner, Installations- und Heizungsmonteure und Helfer dieser Branche sind in eine Lohnbewegung eingetreten und beabsichtigen den Entwurf eines Lohntarifes den Innungsmeistern und den Installationsfirmen zu unterbreiten. — **St. Johann a. d. Saar.** In den Saarstädten traten am 5. Juni 800 organisierte Bauhandwerker in den Ausstand.

Ausgeschriebene behördliche Stellen des Ostens. Tilsit Opr. Königl. Brückenbauamt: Regierungsbauführer. — Stettin. Magistrat. Hafen-Deputation: Ingenieur. — Allenstein Opr. Militärbauamt: Architekt bezw. Techniker. — Stettin. Hauptbauamt für die Regulierung der unteren Oder: Regierungsbauführer. — Posen. Kreisbauinspektion III, Augustastrasse 1: Hochbautechniker auf etwa 4 Monate. — Görlitz. Kreisbauinspektion: Hochbautechniker auf 6—8 Wochen. — Bromberg. Königl. Kreisbauinspektor Herrmann: Hochbautechniker. — Schlochau Wpr. Kgl. Kreisbauinspekt.: Hochbautechniker. — Glogau. Stadtverordneten-Vorsteher Friedmann: Stadtbaurat. — Posen. Regierungsbaumeister Riepert: Architekt. — Gleiwitz O.-S. Magistrat: Tiefbautechniker oder Kulturingenieur.